

Ungarischer Regionalismus im rumänischen Siebenbürgen Die notwendige Wiederentdeckung des multiethnischen Osteuropa im 21. Jahrhundert

Der Regionalismus, die Rückbesinnung auf die politischen und kulturellen Möglichkeiten kleinerer räumlicher Einheiten unterhalb des Nationalstaates – die auch das Streben nach Autonomie oder Unabhängigkeit einschließen kann, wie jüngst das Beispiel Schottland gezeigt hat –, steht seit den 1990er Jahren wieder verstärkt auf der europäischen Tagesordnung. Grenzziehungen, die im Laufe des fatalen 20. Jahrhunderts vorgenommen wurden, haben Völker zerrissen und unter die Herrschaft und Verwaltung anderer Mehrheitsnationen gebracht, was langdauernde kulturelle und politische Friktionen zur Folge hatte. An Konfliktfällen, die sich teils seit Jahrzehnten hinziehen und einer Lösung harren, herrscht kein Mangel: Die Basken im Grenzland zwischen Spanien und Frankreich, die Bretonen im Nordwesten Frankreichs, die Ruthenen im Grenzgebiet mehrerer ostmitteleuropäischer Länder im Karpatenraum, vor allem zwischen der Westukraine und der Ostslowakei, die wieder etwas mehr Aufmerksamkeit erhalten haben, nachdem die ethnische Pluralität beziehungsweise die Zerrissenheit der Ukraine durch das politische Ringen um die Krim und die Ostukraine einem Europa zu Bewusstsein gekommen war, das sich sonst wenig für die Minderheiten in Osteuropa interessiert. Die Karpato-Ruthenen haben Kiew in den Jahren nach der Wende mehrmals aufgefordert, ihre Kultur und Sprache anzuerkennen sowie die Tatsache zu akzeptieren, dass sich die Ruthenen durch Sprache, Kultur und Geschichte von den Ukrainern unterscheiden; ein Ansinnen, das Kiew bisher ignoriert hat. Die mehrheitlich russische Bevölkerung in der Ostukraine bemängelte ebenfalls die Nichtachtung ihrer Anliegen durch den ukrainischen Staat. Das Verbot beziehungsweise die Zurückstufung des Russischen verstärkte ihre Distanz gegenüber Kiew, und auch die politischen Vertreter ethnischer und sprachlicher Minderheiten in der Westukraine gingen wegen der Nichtachtung ihrer Identität auf Distanz. Nachdem mehrere Ansuchen auf Anerkennung einer Art von Autonomie von Kiew abschlägig beschieden beziehungsweise schlicht ignoriert worden waren – zuletzt sogar ein Ultimatum, für das den Ruthenen ganz einfach das Drohpotential fehlte –, sprang der russische Staatschef Putin in die Bresche und anerkannte die Ruthenen (Russen, Karpato-Ruthenen) in der Westukraine als eigenständige Ethnie. Putin tat das freilich nicht aus besonderem Interesse oder Sympathie für diese winzige Volksgruppe. Aber er legte damit neben der sprachlichen und eth-

nischen Zersplitterung der Ukraine, die das offizielle Kiew nicht wahrhaben wollte und sich bis heute wenig damit zu befassen scheint, offen, dass sich die Ukraine nach ihrer Unabhängigkeitserklärung zwar auf vielfältige Weise gesetzlich zur Wahrung der Minderheitenrechte verpflichtet, aber wenig davon umgesetzt hatte.

Auch die ungarische Volksgruppe in Rumänien, vor allem in Siebenbürgen, ist groß genug, um ähnliche Ängste zu erzeugen, zusätzlich verstärkt durch die historischen Umstände des Anschlusses der Region an Rumänien nach dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg.¹ Als die Grenzen 1920 durch den Pariser Vorortvertrag von Trianon verschoben wurden, ging Siebenbürgen (*Ardeal, Erdély*) Ungarn, zu dem es jahrhundertlang gehört hatte, verloren, und es entstand das um ein Vielfaches vergrößerte Rumänien der Zwischenkriegszeit. Der offizielle Narrativ der Rumänen liegt seither mit dem historisch viel längeren der Ungarn im Konflikt,² zumal die Autonomie, die Rumänien den Minderheiten 1918 zugesichert hatte, nie zustande kam – selbst nach der sogenannten Revolution von 1989 nicht. Mag der Demokratische Verband der Ungarn in Rumänien (*Romániai Magyar Demokrata Szövetség, RMDSZ*) seit 1996 kontinuierlich an Regierungskoalitionen beteiligt gewesen sein – er erreichte unter anderem, dass die muttersprachlichen Bildungsmöglichkeiten für Minderheiten verbessert wurden –, der rumänische Staat behielt das überlieferte stark zentralistische Verwaltungsmodell bei. Dies erklärt, warum viele rumänische Politiker bis heute Dezentralisierung und Autonomie mit Separatismus gleichsetzen und diese nationalistischen Reflexe auch im Wahlkampf und in den Medien ausnutzen, wenn es um entsprechende Anliegen (nicht nur) der Ungarn geht. Die Berichterstattung über die Probleme der ungarischen und auch anderer

¹ Vgl. aus der Fachliteratur zur speziellen und allgemeinen Thematik: Stefano *Bottoni*: Transilvania române. Comunismul român și problema națională 1944-1965. Cluj-Napoca 2010; Tamás *Kiss*: Perspectivă administrativă? O analiză comparativă a discursului demografic maghiar din România. Cluj-Napoca 2009; *Minoritatea maghiară în perioada comunistă*. Hgg. Ágoston Olti, Attila Gidó. Cluj-Napoca 2009; Julian *Nitzsche*: Slawische Volksgruppen in deutschen Staaten. Kroaten im Burgenland und Sorben in der Lausitz. Berlin 2011 [unveröffentlichte Hausarbeit]; *O evaluare a politicilor de producere a bilingvismului. Studii elaborate pe baza prezentărilor din cadrul conferinței de la Miercurea-Ciuc, 12-13 iunie 2008*. Hgg. István Horváth, Erika Mária Tódor. Cluj-Napoca 2008; Sabine *Riedel*: Die Erfindung der Balkanvölker. Identitätspolitik zwischen Konflikt und Integration. Wiesbaden 2005; Ingeborg *Szöllösi*: Heimat, Abbruch, Aufbruch, Ankunft. Halle/Saale 2013; Theodor *Vetter*: Nationalitätenkonflikt und Volksgruppenrecht im ausgehenden 20. Jahrhundert. I: Die Entwicklung des ethnischen Konflikts – Rechtsprobleme im ausgehenden 20. Jahrhundert – Schlussfolgerungen. München 1984.

² Vgl. beispielsweise *Limbă, identitate, multilingvism și politici educaționale*. Hgg. István Horváth, Erika Mária Tódor. Cluj-Napoca 2010 (ungarische Originalfassung: *Nemzetállamok, globalizáció és kétnyelvűség. Nyelvpedagógiai és szociolingvisztikai tanulmányok*. Cluj-Napoca 2009); David *Prodan*: Transylvania and again Transylvania. A Historical Exposé. Cluj-Napoca 1996.

Minderheiten, die nur wenige Medien mehr oder weniger objektiv leisten, leidet ebenso darunter, wie die Wirtschaft und Infrastruktur der Kreise des Szeklerlandes, die zu den am wenigsten entwickelten in Rumänien gehören. Seit 1990 sind ungefähr 200.000 Angehörige der ungarischen Minderheit aus Rumänien nach Ungarn abgewandert. Unter denen, die nicht abgewandert sind, wuchs der Ärger über Klientelismus und Korruption im RMDSZ und brachte neue radikalere, nationalistische Organisationen und Parteien hervor. Mitte September 2011 wurde die Ungarische Volkspartei Siebenbürgens (*Erdélyi Magyar Néppárt*, EMN) gerichtlich zugelassen, gegründet vom reformierten Pfarrer László Tőkés, der im Dezember 1989 zur Symbolfigur des Aufstands gegen die Diktatur unter Nicolae Ceaușescu geworden war und heute als Abgeordneter im Europaparlament als einer der Radikalen unter den ungarischen Politikern in Rumänien gilt. Als radikal gelten Parteien wie die Ungarische Bürgerpartei (*Magyar Polgári Párt*, MPP) oder die erwähnte EMN, die nach Selbstverwaltung für die ungarisch dominierten Gebiete, vor allem das Szeklerland, streben – auch um damit der Unterentwicklung und Abwanderung entgegenzusteuern. Sie stellen mittlerweile in vielen Dörfern und Städten Siebenbürgens einen wachsenden Teil der Gemeinde- und Stadträte. Dadurch sind sie zu einer ernsthaften Konkurrenz der etablierten und moderaten RMDSZ geworden und haben ihn dadurch in ein schweres Dilemma gebracht. Der RMDSZ möchte weiter am lukrativen Regierungsgeschäft beteiligt sein, darf aber nicht als zu nachgiebig gegenüber der rumänischen Politik erscheinen, um die politische Konkurrenz nicht weiter zu stärken. An Orten wie Klausenburg (*Cluj-Napoca*, *Kolozsvár*), dem Hauptort Siebenbürgens, lässt sich das genauso studieren, wie in Neumarkt am Mieresch (*Târgu Mureș*, *Marosvásárhely*), wo die ungarische und die rumänische Bevölkerungsgruppe ihre jeweils eigenen Parteien wählen. Politisch virulent ist die Debatte um den historischen Ort, die kulturelle Verortung Siebenbürgens aber besonders in den Landkreisen Harghita (*Hargita*), Covasna (*Kovászna*) und in Teilen von Mureș (*Maros*) geworden, wo die Ungarn die Mehrheit stellen. Hier bringen sie durch Symbole wie eine eigene Fahne, die Betonung der ungarischen Identität über Sprache und Folklore und demonstrative Solidarisierung mit der ungarischen Mutternation – entsprechende Besuche ungarischer Politiker eingeschlossen – ihre eigentliche Zugehörigkeit klar zum Ausdruck. Dies provoziert immer wieder allergische, teils verbal überzogene Reaktionen der rumänischen Seite. In dieser Region kann man beobachten, wie ein Bild der Vergangenheit geschaffen beziehungsweise aktualisiert wird. Es lässt sich die Dynamik eines – je nach Perspektive – erneuerten Nationalismus oder Regionalismus und eines neuen ethnischen Bewusstseins ebenso studieren wie die Vorgänge, die einen öffentlichen Raum schaffen im plurilingualen und plurikonfessionellen Kontext einer Region wie Siebenbürgen,

die sich mit der ethnisch vielfältigen Region Westukraine oder der Vojvodina vergleichen lässt.

An einem der ungarischen Nationalfeiertage, am 15. März, versammelten sich 2013 rund 4.000 Personen in einem Meer von Szekler-Fahnen, dem Symbol regionaler Identität, vor dem Denkmal der Szekler-Märtyrer. Die MPP und der Szekler-Nationalrat hatten die Kundgebung organisiert, der RMDSZ blieb fern. Allerdings waren Teilnehmer aus mehreren Verwaltungsbezirken mit ungarischer Bevölkerung und auch aus Ungarn in Autobussen angereist. Der Europaabgeordnete László Tókécs sagte, das Jahr 2013 sei das Jahr der Autonomie, und man werde alles tun, um die Autonomie des Szeklerlandes zu erreichen, nachdem man bereits zwanzig Jahre verloren hätte, in denen es nur Verzögerungen gegeben habe. Die Kundgebung verlief friedlich, auch weil die rumänische Neue Rechte (*Noua Dreaptă*) auf eine Gegendemonstration verzichtet hatte. Grußadressen katalanischer, südtiroler und baskischer Regionalparteien, die sich mit dem Anliegen der Szekler solidarisierten, wurden von Vertretern der einzelnen Parteien verlesen. Solidaritätskundgebungen fanden aber auch in München und in einigen nordamerikanischen Städten statt. Nach der Kundgebung zogen die Teilnehmer zur örtlichen Präfektur und überreichten eine Denkschrift an die rumänische Regierung.

Im Oktober 2013 erreichte die Aufregung um die geschätzt 1,2 Millionen Ungarn im rumänischen Siebenbürgen einen weiteren Höhepunkt. Nachdem schon in den Jahren zuvor Protestkundgebungen stattgefunden hatten, gedachten die Szekler auch in diesem Herbst ihres lokalen Helden Áron Gábor (1814-1849), der im ungarischen Freiheitskampf gegen die Habsburger gefallen war – ein nicht unbedingt dezenter Hinweis auf die fortdauernde Unfreiheit, gegen die sie mit dem Gedenkmarsch demonstrierten. Es geht dort, wo rund eine halbe Million ungarischsprachige Staatsbürger Rumäniens leben, um Selbstverwaltung für ihr Siedlungsgebiet, das Szeklerland (*Székelyföld*, *Ținutul Secuiesc*, *Terra Siculorum*). Im Oktober 2013 bildeten zwischen den Dörfern Chichiș (*Kökös*) und Bretz (*Brețcu*, *Bereck*) 100.000 Demonstrationsteilnehmer eine 45 Kilometer lange Menschenkette. In mehreren Gemeinden traten sie in traditionellen ungarischen Trachten auf, wobei sich zehntausende Menschen in Rumänien und in Budapest und andern Städten Ungarns, angeführt von der ungarischen Regierung, aber auch von der linksliberalen Opposition,³ mit den Protesten solidarisierten. In Rumänien hatten die gemäßigte Ungarn-Partei RMDSZ, die EMN, der Szekler-Nationalrat und kleinere radikalere Gruppen die Kundgebungen organi-

³ Schutzmacht der Wählerreserve. Szekler-Marsch: Orbán-Regierung unterstützt „territoriale Autonomie“-Forderungen der Rumänienungarn. In: Pester Lloyd, 28. Oktober 2013. <http://www.pestertloyd.net/html/1344szeklermarsch.html> (10. April 2016).

siert. Die Unterstützung durch die ungarische Regierung entsprach ihrer Programmatik – und einfacher Wahltaktik, dürfen doch Ungarn aus Rumänien in Ungarn aktives Wahlrecht ausüben, wenn sie auch die ungarische Staatsbürgerschaft besitzen.

Wenn auch das Nationale die politische Debatte beherrscht, hat doch die Autonomiebewegung unter den Szeklern vielfältigere Ursachen: die wirtschaftliche Vernachlässigung der Szekler-Gebiete sowie die Sorgen angesichts der Folgen der Verwaltungsreform, die das Siedlungsgebiet zu zerstückeln droht, wenn die ungarischen den Gebieten mit mehrheitlich rumänischer Bevölkerung angegliedert werden würden. Um diese Gefahren abzuwenden, warfen die Ungarn in den jüngsten Präsidentschaftswahlen ihr politisches Gewicht in die Waagschale, während der Kandidat der rumänischen Sozialisten, Premierminister Victor Ponta, und vor allem Senatspräsident Crin Antonescu nationale Emotionen bedienten. Er bezeichnete es als inakzeptabel, wenn in Rumänien die Bildung einer ethnischen Enklave auch nur »simuliert« werde. Der rumänische Nationalismus, der immer wieder dazu dient, politische, soziale und wirtschaftliche Probleme zu überdecken, belastet das Verhältnis zur größten Minderheit im Lande, und er wurde zusehends stärker, seitdem in Ungarn die Regierung Viktor Orbán sich mit den Anliegen der Auslandsungarn deutlicher solidarisiert und damit Gegendruck nicht nur der rumänischen Regierung erzeugt. Dass Ministerpräsident Orbán anfangs auch radikalere Ungarn-Parteien in Rumänien jenseits des etablierten, dabei auch träge und opportunistisch gewordenen RMDSZ unterstützte, barg das Risiko, die Ungarn in Rumänien zu spalten und politisch zu marginalisieren.⁴ Der politische Erfolg, der

⁴ Tageszeitungen wie die ‚Süddeutsche Zeitung‘ und der ‚Pester Lloyd‘ bemängelten, dass sich die konservative Regierungspartei Fidesz durch organisatorische Spaltung, ideologische Polarisierung, die großzügige Vergabe von ungarischen Pässen sowie diverse Förderungen an in ihrem Sinne agierende politische Strömungen vor allem eine breitere Wählerbasis für die Parlamentswahlen im Inland sichern wolle. Durch die vereinfachte Staatsbürgerschaft kamen bis 2014 rund 400.000 Wahlberechtigte (für die Zweitstimmenabgabe) hinzu, deren Sympathien für Fidesz mutmaßlich deutlich über jenen für der oppositionellen Parteien oder andere nicht explizit nationalistische Gruppen liegen. Ein Höhepunkt dieser Politik fand jedoch noch unter der Vorgängerregierung statt: es war der gescheiterte Rumänienbesuch des damaligen Staatspräsidenten László Sólyom im Jahre 2009, dem für eine Reise am ungarischen Nationalfeiertag die Landrechte verweigert worden waren. Mit seiner offenen Wahlempfehlung für Staatspräsident Băsescu beim Referendum von 2014 machte sich Orbán den neuen rumänischen Premierminister Ponta zum Feind. Die offensive Politik der Orbán-Regierung hatte zur Folge, dass sich die Anzahl der Sitze der gemäßigten Ungarnpartei RMDSZ im Parlament halbierte, womit auch der Einfluß auf die Politik der Regierung in Bukarest schwand. Während der RMDSZ jahrelang Mehrheitsbeschaffer von Regierungen, aber auch Koalitionspartner war und sogar Minister stellte, wäre seine Bedeutung aufgrund der forcierten Spaltung deutlich gesunken und damit auch ihre Chancen, sich gegen den nicht minder starken rumänischen Nationalismus durch Kompromisse und Präsenz Gehör zu verschaffen. Genauso wäre es auch in der Slowakei gelaufen, schrieb der ‚Pester Lloyd‘. Der

mit dem RMDSZ nach wie vor sicherer erschien, veranlasste Orbán, sich von der radikaleren EMN zu distanzieren. Er verhinderte selbst die Nominierung eines Präsidentschaftskandidaten durch den radikalen politischen Flügel der Ungarn in Rumänien, indem er mit Kürzung der Subventionen drohte. Die radikaleren politischen Kräfte der Szekler klagten über Erpressung durch den ungarischen Regierungschef. Dennoch tat der am 2. November 2014 schließlich geschlagene rumänische Präsidentschaftskandidat Ponta aus taktischem Kalkül so, als gelte es, radikale Separatisten abzuwehren. Er präsentierte sich plakativ, auch und gerade gegenüber seinem siebenbürgisch-sächsischen Rivalen in der Stichwahl, als Sachwalter des *echten Rumänien*, obwohl er wusste, dass die Ungarn in Rumänien, die sieben Prozent der 20 Millionen Staatsbürger ausmachen, das Zünglein an der Waage sein könnten. Pontas Rivale, der Hermannstädter Bürgermeister Klaus Johannis, der für das Lager des scheidenden Präsidenten Traian Băsescu antrat, vermied jede Positionierung in der Frage der Autonomie für die Szekler, um Ponta nicht zusätzliche Wahlkampfmunition zu liefern. Mit der drohenden Verwaltungsreform im Rücken versuchte der Vorsitzende des RMDSZ, Hunor Kelemen, in der Regierung Ponta Kulturminister mit weiteren 14 Staatssekretären und einem Vizepremier aus seiner Partei, aus der traditionellen Rolle seiner Partei als Mehrheitsbeschaffer Kapital für eine Ausweitung der Minderheitenrechte zu schlagen. Für eine Unterstützung im Präsidentschaftswahlkampf, auf jeden Fall für die Stichwahl, verlangte Kelemen von Ponta, der unter scharfer Beobachtung der rumänischen Nationalisten stand, die verfassungsrechtliche Verankerung einer ungarischen Provinz mit umfassenden Selbstverwaltungsrechten, unter anderem eigenen Steuereinnahmen, einer Personalhoheit in der Exekutive, einem autonom gewählten Regionalpräsidenten mit Stimmrecht am Kabinetttisch. Ungarisch sollte neben Rumänisch Amtssprache werden.

Ponta erklärte jedoch, dass er zwar für Autonomierechte im Einklang mit der bestehenden Verfassung und den europäischen Normen sei, aber nicht für irgendeine Form von Autonomie für eine Ungarnregion, womit er sich für Sprach-, Kultur- und lokal begrenzte Selbstbestimmungsrechte aussprach, aber nicht für einen *Staat im Staate*. Ponta kalkulierte kühl gegen die politischen Repräsentanten der Ungarn in seiner Regierung. Er rechnete damit, dass er mehr Stimmen gewinnen würde, wenn er sich als Präsident aller Rumänen präsentierte, dem das Wohl des Landes wichtiger sei als partikulare, ethnisch definierte Interessen beziehungsweise als eine Aufwertung von Minderheitenrechten. Die radikalere Konkurrenz des RMDSZ sah sich in ihrer Kritik bestätigt. Ponta war in keiner Weise gewillt, sich

Streit während der erste Fico-Regierung führte zu einer deutlichen Abkühlung der diplomatischen Beziehungen.

durch irgendwelche Zugeständnisse die Unterstützung der ungarischen Seite zu sichern, und ihr damit die stille Duldung für jene Entscheidungen seiner Regierungszeit zu entgelten, die national und international teils heftige Proteste ausgelöst hatten – etwa die Beschneidung der Befugnisse des Staatspräsidenten und des Verfassungsgerichtes zugunsten der Ponta-Regierung. Kelemen schien in dieser Hinsicht durchaus kompromissbereit, ganz im Gegensatz zu Viktor Orbán. Nicht weil letzterem ein Großungarn vorschweben würde, wie verschiedentlich unterstellt wurde, sondern weil sich die Ungarn in Rumänien nicht fortgesetzt ohne Gegenleistung als Wahl- und Politikhelfer missbrauchen lassen können, nur um weiterhin irgendwie mitregieren zu dürfen. Da Hunderttausende von Rumänienungarn auch einen ungarischen Pass besitzen, rechnete Orbán natürlich auch mit ihren Stimmen, vorausgesetzt er würde eine Politik machen, die ihnen nützt. Die in der Europäischen Union verbrieften Grund- und Menschenrechte, die Gemeinschaft mit theoretisch gleichen Rechten, die immer wieder in diesem Kontext zitiert wird, stoßen an ihre Grenzen, wenn die nationale Regierung etwa über die Verwaltungsreform den ungarischen Einfluss drastisch zu reduzieren versucht. Daher blieb nichts anderes übrig als die politische Mobilisierung. Die nationale Karte sticht nur, die oft beschworenen Feindbilder funktionieren nur dann, wenn man sich in seinen Rechten dauerhaft verletzt fühlt. Das gilt für die Szekler wie für die Katalanen oder die Schotten, die nach Jahrhunderten der Unterdrückung und Marginalisierung wieder ihr eigenes Parlament eröffnen konnten.

Mitte Juni 2011 legten die regierenden rumänischen Liberaldemokraten das Projekt einer Territorial- und Verwaltungsreform vor, mit dem die 41 Kreise Rumäniens zu acht Großkreisen zusammengefasst werden sollen. Es gehe um technische Dinge wie Bürokratieabbau, Straffung der Verwaltung und Dezentralisierung, hieß es. Doch das eigentliche Ziel, argwöhnten politische Vertreter der ungarischen Minderheit, sei ein anderes: durch die Reform würden die drei Kreise des Szeklerlandes, Mureș, Harghita und Covasna, in denen die Ungarn zwischen 50 und 85 Prozent der Bevölkerung stellen, dem Großkreis Zentralrumänien eingegliedert werden, womit der Prozentsatz der Ungarn auf unter 30 Prozent sinken würde. Lokalpolitisch wären sie damit deutlich geschwächt, auch Verwaltung und öffentlicher Dienst wären rumänisch dominiert. Dass der Protest nichts mit nationaler magyarischer Romantik zu tun hat, belegt die Tatsache, dass von den pragmatischen Politikern bis zu den Nationalisten alle in seltener Einigkeit die Reform ablehnten. Der Nationalrat der Szekler, der für eine umfassende Autonomie des Szeklerlandes nach katalanischem oder südtiroler Vorbild eintritt, drohte mit öffentlichen Protesten, sollte die Regierung ihr Projekt durchzusetzen versuchen. Der Streit um die Autonomie, die der Mehrheit der zentralistisch orientierten rumänischen Politiker als Indiz für

Separatismus gilt, entzündete sich nicht nur an den Großkundgebungen, sondern namentlich an der sogenannten Szekler-Fahne in den Farben blau-gold-blau, in deren linkem oberen Eck sich eine Sonne und ein Halbmond befinden.

Der Streit eskalierte rasch auf eine Stufe, die niemand für möglich gehalten hätte, selbst wenn man die historisch begründeten Animositäten in Rechnung stellt. Im Februar 2013 meinte der damalige ungarische Außenminister János Martonyi, dass die ungarisch-rumänische Zusammenarbeit gefährdet sei, und in Bukarest drohte sein Amtskollege Titus Corlăţean mit der Ausweisung des ungarischen Botschafters Oszkár Fűzes. Die regierungsnahen Medien in beiden Ländern inszenierten nationalistische Kampagnen wie es sie zuletzt vor anderthalb Jahrzehnten gegeben hatte. Der ungarische Soziologe Pál Tamás sprach von einer »Lokalposse, die zu großpolitischen Zwangshandlungen«⁵ eskaliert sei. Der rumänische Philosoph Andrei Cornea empfahl zugleich, die EU solle Gespräche zwischen beiden Ländern vermitteln und steuern, da diese dazu selbst unfähig seien.⁶

Der *Flaggenkrieg* war ausgebrochen, nachdem während der Amtseinführung des neuen Präfekten im Landkreis Covasna, in der Stadt Sankt Georgen (*Sfântu Gheorghe, Sepsiszentgyörgy*) am 2. Februar 2013 die Szekler-Fahne aus dem Raum entfernt worden war, weil sie nach Auffassung rumänischer Behörden die Ambitionen der ungarischen Minderheit nach territorialer Autonomie und Abschaffung des rumänischen Nationalstaates symbolisiere. Dabei hatte ein rumänisches Gericht noch im November 2012 die Verwendung der Fahne als lokales Symbol ausdrücklich erlaubt. Das erklärt, warum nicht nur radikale ungarische Minderheitenpolitiker in Rumänien die Entfernung der Fahne als Affront empfanden, sondern auch Vertreter der Orbán-Regierung in Budapest. Der damalige ungarische Außenstaatssekretär Zsolt Németh nannte die Entfernung eine »symbolische Aggression gegen die ungarische Minderheit in Siebenbürgen«, worauf sich der rumänische Regierungschef Victor Ponta diese »Frechheit« verbat und sie eine Einmischung in innere Angelegenheiten Rumäniens nannte.⁷ Er werde »von niemandem Lektionen annehmen«, wie in Rumänien Gesetze umzusetzen seien, denn sein Land habe die höchsten europäischen Standards,

⁵ Keno Verseck: Eiszeit zwischen Ungarn und Rumänien. Eine historische Fahne führt zur diplomatischen Krise zwischen Ungarn und Rumänien. Der „Flaggenkrieg“ wirkt bizarr, aber beide Seiten haben ein Interesse an einer nationalistisch aufgeheizten Stimmung in ihren Ländern. In: Deutsche Welle, 21. Februar 2013. <http://www.dw.de/eiszeit-zwischen-ungarn-und-rum%C3%A4nien/a-16610040> (10. April 2016).

⁶ Ebenda.

⁷ Zitiert von Keno Verseck: Diplomatische Krise: Ungarn ziehen gegen Rumänien in den Flaggenkrieg. In: Spiegel-Online, 9. Februar 2013. <http://www.spiegel.de/politik/ausland/diplomatischer-konflikt-zwischen-ungarn-und-rumaenien-a-882335.html> (10. April 2016).

was die Repräsentation von Minderheiten beziehungsweise lokale Autonomierechte betreffe, erklärte Ponta.⁸ Wenige Tage vor dieser Äußerung hatten die Gouverneure von Covasna und Harghita verboten, die Szeklerfahne an Amtsgebäuden aufzuziehen. Als der rumänische Außenminister Corlăţean mit der Ausweisung des ungarischen Botschafters Fűzes drohte,⁹ avisierte Németh seinerseits diplomatische Maßnahmen Ungarns. Mehrere ungarische Städte und Gemeinden ließen in einer Solidaritätsaktion die Szeklerflagge hissen, die schließlich selbst am Budapester Parlamentsgebäude wehte. Als die Szeklerfahne bei einer dieser Solidaritätsaktionen aufgezogen wurde, sprach Németh wiederum von einer »symbolischen Aggression«,¹⁰ diesmal gegen die Politik Bukarests. Rumänische nationalistische Medien ließen sich die Gelegenheit nicht entgehen, der Bukarester Regierung mangelnden Patriotismus vorzuwerfen und drastischere Reaktionen zu fordern – obwohl sich beide Länder als Vorbedingung für den EU-Beitritt längst offiziell ausgesöhnt hatten.

Die umstrittene und sogar umkämpfte Szekler-Flagge ist auf Demonstrationen, Volksfesten und Sportveranstaltungen häufig präsent und in diesem Rahmen erlaubt beziehungsweise nicht ausdrücklich verboten. An öffentlichen Gebäuden dürfen gemäß rumänischer Rechtsvorschriften nur Flaggen internationaler Organisationen, deren Mitglied Rumänien ist, und Flaggen »verfassungsmäßiger Strukturen«¹¹ gehisst werden. Katalonien ist etwa eine solche Struktur in Spanien, während es das Szeklerland in Rumänien nicht ist. Bisher war die gesetzliche Regelung kaum beachtet worden, doch seitdem die Autonomiebewegungen stärker auftreten, sahen sich die Regionalgouverneure veranlasst, die angeblichen Separatisten an einer symbolischen und *optischen* Übernahme von Rathäusern und Gemeindebauten zu hindern.¹²

⁸ Zoff im Märchenland. Fahnenkrieg: Rumänien und Ungarn streiten sich im „nationalen Kindergarten“. In: Pester Lloyd, 8. Februar 2013. <http://www.pestlerloyd.net/html/1306fahnenkriegii.html> (10. April 2016); Tomasz Konicz: Streit um Szeklerfahne. Ungarns Rechtsregierung schürt die Spannungen mit dem Nachbarstaat Rumänien. In: junge welt, 21. Februar 2013, sowie AG Friedensforschung. <http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Ungarn/rum.html> (10. April 2016).

⁹ Fűzes argumentiere, so Corlăţean, am »Rande der Ausweisung«, wenn er weiterhin seine Unterstützung für eine territoriale Autonomie der Szekler beziehungsweise deren separatistische Bewegung ausdrücke. *Verseck*: Diplomatische Krise; Zoff im Märchenland.

¹⁰ Ungarn greift in „Fahnenkrieg“ in Siebenbürgen ein. In: Pester Lloyd, 6. Februar 2013. <http://www.pestlerloyd.net/html/1306fahnenkriegszekler.html> (10. April 2016).

¹¹ Konicz.

¹² Zoff im Märchenland. Der ungarische Außenminister Martonyi hätte, so der ‚Pester Lloyd‘, »im typischen Kindergartenduktus« klargestellt, dass »Ungarn den Flaggenkrieg« nicht begonnen habe. Er forderte Bukarest auf, nicht so weit zu gehen, die Beflaggung mit »regionalen« Symbolen als Straftat zu ahnden und nannte das Vorgehen der Bezirksbehörden eine »negative Geste«. Das Recht einer Gemeinschaft, ihre Symbole zu zeigen, sei ein »europäisches Minimum«. Die rumänische Seite kritisierte vor allem, dass die un-

Der ‚Pester Lloyd‘ machte sich über den Fahnenkrieg im »nationalen Kindergarten«¹³ lustig. Er sei anachronistisch angesichts der europäischen Realität, die von Reise-, Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit bis hin zur Sozialunion reiche, und gerade das *Europa der Regionen* einen vielfach geförderten Anspruch der Gemeinschaft darstelle. Während die ungarische Seite ihren Opferstatus, den Verlust des lange ungarischen Siebenbürgen beklage, verschanze sich die rumänische Seite hinter der überholten Zentralstaatsdoktrin. Bukarest könne, meinte der ‚Pester Lloyd‘, den Flaggenkrieg mit einer »risikofreien Geste entspannt gewinnen und die hauptamtlichen ungarischen »Nationenschützer« mit der Freigabe der Beflaggung und der Anerkennung des Szeklerlandes als historisch schützenswerter Region regelrecht entwaffnen. Rumänien würde daran nicht auseinanderfallen, sondern wachsen, und in Ungarn würde mancher wach werden.«¹⁴

Die seit dem Sturz der Ceaușescu-Diktatur nach mehr administrativer Eigenständigkeit strebenden politischen Vertreter der ungarischen Minderheit in Rumänien sind sich in ihren Zielen durchaus nicht einig. Die Gemäßigten unter ihnen würden sich mit größerer lokaler Steuerhoheit und mehr Befugnissen im Kultur- und Verwaltungsbereich zufrieden geben, die Radikalen verlangen eine Autonomie ähnlich jener Südtirols in Italien oder Kataloniens innerhalb Spaniens. In Rumänien ist die Forderung nach Autonomie jedoch eines der größten nationalen Tabus. Es gehe dabei, so die rumänische Politologin Alina Mungiu-Pippidi, »letztlich um eine politische Konfrontation zwischen dem liberal-individualistischen Staatsmodell, das die Rumänen vertreten, weil sie in der Mehrheit sind, und dem multikulturell-kollektivistischen Staatsmodell wie in Belgien oder Kanada, das die

garische Gemeinschaft mit dieser Flagge mehrfach die »territoriale Autonomie« ausgerufen habe, »die Gruppe also aus Bukarester Sicht verfassungsfeindliche Akte beging«. Kritisiert wurde auch der Auftritt des ungarischen Parlamentspräsidenten László Kövér 2012 im Szeklerland anlässlich der von ihm mitfinanzierten Urnenumbettung des aus Siebenbürgen stammenden, nach dem Zweiten Weltkrieg emigrierten ungarischen Schriftstellers József Nyírő. Der ‚Pester Lloyd‘ schloß: »Es mag in Budapest also bitte niemand so tun, als wäre der »Fahnenkrieg« aus heiterem Himmel gefallen. Beide Seiten ignorieren seit Jahren die europäische Realität und europäische Möglichkeiten von Reise-, Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit bis hin zur Sozialunion, die solche nationalistischen Kleinkriege eigentlich überflüssig machen müßten, zumal das »Europa der Regionen« ein vielfach geförderter Anspruch der Gemeinschaft darstellt. Die smarte Umsetzung wäre jedoch mit dem Bedeutungsrückgang bis -verlust national argumentierender Politiker verbunden, daher wird sie unterbunden. Kooperation und Kompromiss gehören nicht ins Vokabular nationalistischer Politiker, weder in Budapest noch in Bukarest. Europa wäre dann die Schutzmacht. [...] Mit nationalistischer Argumentation, ob über Opferlegenden oder zentralstaatliche Sturheit, läßt sich in der Region noch Macht über Wählerstimmen gewinnen, daher bleibt Nationalismus im Kindergarten Europas noch lange Teil der Politik. Beide Beteiligten disqualifizieren sich auf diese Weise als Europäer.«

¹³ *Zoff im Märchenland.*

¹⁴ Ebenda.

Ungarn befürworten«.¹⁵ Es gab zwar gemeinsame ungarisch-rumänische Regierungssitzungen, während der RMDSZ seit über anderthalb Jahrzehnten an Koalitionsregierungen in Bukarest beteiligt war. Doch die Verhältnisse haben sich nicht unbedingt verbessert. Dieser Umstand wiederum stärkte die Befürworter einer offensiveren Politik, die außerdem Rückendeckung von Seiten der Orbán-Regierung in Budapest erhielten. Diese führte das erstmals 2014 zustehende Wahlrecht für Auslandsungarn ein und erhoffte sich konsequenterweise deren Unterstützung bei den Parlamentswahlen, was wiederum die ungarische Opposition und EU-Politiker aus dem linken und liberalen Spektrum kritisierten. Auf der rumänischen Seite hat der Streit um die ungarische Minderheit, die mit nationalitischer Rhetorik überlagert wird, den für die Regierung nützlichen Nebeneffekt, von ihrem radikalen Sparkurs ablenken zu können.

Die Aussichten, die Lage in beiden Ländern zu entspannen, hielt der ungarische Publizist Attila Ara-Kovács für gering. Die Orbán-Regierung trage an der Verschlechterung der Beziehungen seiner Meinung nach ebenso Schuld wie die Ponta-Regierung, die gleichfalls daran arbeite, die bislang modellhaft guten bilateralen Beziehungen zu zerrütten, wobei sie im ungarischen Ministerpräsidenten einen geeigneten Partner gefunden habe.¹⁶ Damit erscheint das Problem auf den zwei Seiten einer Medaille: der neuerwachte ungarische Nationalismus in Rumänien lebe vom bislang mangelhaften Bewusstsein für die Multiethnizität des nach dem Ersten Weltkrieg vor allem um Siebenbürgen vergrößerten Rumänien. Dem Lande fehle, so der rumänische Politologe Paul Rognean, eine Idee der Nationalität. Die Frage der rumänischen Nation beziehungsweise der rumänische Nationalismus wäre zwar ausführlich diskutiert, aber nie zu einem befriedigenden Abschluss gebracht worden. Der künstliche und oft genug biologistisch fundierte Einheitsgedanke sei, auch und gerade auf Kosten der historischen Wahrheit, im 19. Jahrhundert entstanden und in den beiden Weltkriegen gegipfelt. Er hätte die nationale Großerzählung beenden und Europa als das hervortreten lassen müssen, was es seinem Wesen nach sei, ein Raum der Kontraste, der *Einheit in der Vielfalt*, wie sie das Mittelalter geprägt hatte, ohne dabei das große Verbindende zu vergessen. Doch in die nationale Großerzählung des einen unteilbaren Vaterlandes passe gerade Transilvanien, das deutsche Siebenbürgen, das ungarische Erdély nicht, wofür neben vielem anderen etwa die Beschlüsse des Landtags von Tho-

¹⁵ Zitiert von Verseck: Eiszeit zwischen Ungarn und Rumänien. Vgl. *Nationalism after Communism. Lessons Learned*. Eds. Alina Mungiu-Pippidi, Ivan Krastev. New York/Budapest 2004; Alina Mungiu-Pippidi: Deconstructing Balkan Particularism. The Ambiguous Social Capital Of Southeastern Europe. In: *Southeast European and Black Sea Studies* 5 (2005) 1, 49-68.

¹⁶ Verseck: Eiszeit zwischen Ungarn und Rumänien.

renburg (*Turda, Torda*) aus dem 16. Jahrhundert oder der griechisch-katholische Kompromiss stehen. Während in anderen Teilen Europas die religiöse Intoleranz herrschte, präsentierte sich im einstigen Siebenbürgen ein positiveres Bild. Das Habsburgerreich zerbrach an den im 19. Jahrhundert aufkommenden Nationalismen, und Siebenbürgen trat wie viele andere europäische Regionen in ein Zeitalter ein, dessen nationale Reinheitsideologien die Minderheiten aus der Realität zu verdrängen versuchten. Als schließlich der eiserne Vorhang fiel, setzte in Rumänien eine Massenauswanderung Richtung Westen ein, besonders was die deutschsprachige Minderheit der Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben angeht.¹⁷

Mehr als zehn Jahre vergingen, bis im Jahr 2003 die Idee einer regionalen Autonomie überhaupt in Erwägung gezogen wurde.¹⁸ Damals wurde der Nationalrat der Szekler gegründet, um das verlorene Jahrzehnt gutzumachen. Der Nationalrat ist eine gewählte Körperschaft, vergleichbar einem Parlament. Im Großteil der Siedlungen im Szeklerland wurden lokale Sitzungen abgehalten, auf denen die jeweiligen Delegierten gewählt wurden, mindestens einer für jede der Siedlungen, mit weniger als 1.500 Einwohnern, und einer mehr für jede 3.000 Einwohner, die ein Dorf oder eine Kleinstadt über der Mindestzahl liegt. Diese gewählten Delegierten bildeten die Räte der acht Stühle (*Szék*), der Verwaltungseinheiten, die mehrheitlich von Szeklern bewohnt waren. Diese Räte trafen sich in Sankt Georgen, dem Hauptort des Landkreises Covasna und auch von Sepsiszék, und bildeten den Nationalrat der Szekler, dessen einziges Ziel darin bestand, die Autonomie des Szeklerlandes zu erreichen.

¹⁷ Raul Rognean: *Autonomia: Un joc politic al non-comunicării! Cele 3 probleme ale celor 10 puncte!* Memorandum, 22. März 2013. <http://memorandum.ro/autonomia-un-joc-politic-al-non-comunicarii-cele-3-probleme-ale-celor-10-puncte/> (10. April 2016).

¹⁸ Zwischen 1993 und 2003 kam das Wort *Autonomie* im Programm des RMDSZ nicht vor, man sprach nicht darüber, wie der Nationalrat der Szekler kritisierte. Vgl. Zsolt Árus: *The Szeklers and their Struggle for Autonomy*. In: Szekler National Council, 21. November 2009. http://sznt.sic.hu/en/index.php?option=com_content&view=article&id=210%3Athe-szeklers-and-their-struggle-for-autonomy&catid=4%3Aa-szekelyseg&Itemid=6&lang=en (10. April 2016). Fragte man danach, erhielt man zur Antwort, zuerst müsse Rumänien demokratisiert und das Szeklerland wirtschaftlich auf die Beine kommen. Dies wurde als absurd kritisiert, denn die rumänische Regierung vernachlässige bewusst das Szeklerland ökonomisch gegenüber anderen Regionen des Landes. Bekanntlich würde der wirtschaftliche Aufschwung erst mit dem Autonomiestatus einsetzen. Nach 2003 sprachen alle ungarischen Politiker über die Autonomie, und die rumänische Öffentlichkeit erfuhr nach und nach davon. Vor 2003 wurden ungarische Politiker wie auch Szekler-Vertreter in Siebenbürgen scharf kritisiert, wenn sie darüber sprachen. Nach 2003 war der Begriff zwar nach wie vor politisch belastet – er wurde im innepolitischen Kampf mit Separatismus gleichgesetzt –, doch die Stimmen mehrten sich auch in der rumänischen Öffentlichkeit, welche diese Forderung als nicht grundsätzlich abwegig bezeichneten.

Das medial verbreitete populäre Gegenbild, die große Einheitserzählung auf Zelluloid gegen die angebliche Zersplitterung der Nation, ist der rumänische Film „Mihai Viteazul“. Er entstand 1970 unter der Regie von Sergiu Nicolaescu, der die territoriale und historische Kontinuität eines karpatisch-danubischen Raumes hochhält, vermittelt über die historisch-verklärte Identifikationsfigur des zentralistischen Staates. Neben den rumänischen Versuchen, die nationale Illusion vor der pluralen Realität abzuschirmen und neben der fatalen territorialen Neuorganisation Siebenbürgens stehen die Fehler, welche die ungarischen Szekler nach Meinung von Tihamér Czika in ihrem Kampf um die Autonomie begangen hätten.¹⁹ Der erste und wesentliche Fehler sei es, so Czika wie auch Rognean, dass das Streben der Szekler sowie der Magyaren in Rumänien nach Autonomie fast ausschließlich auf ungarisch stattfinde. Es sei einerseits ein Kampfplatz infantiler, nationalistischer Anwürfe und Unterstellungen, die jeder nur an seine Öffentlichkeit richte, und vor allem mit Blick auf die ungarische Volksgruppe, die ihre Autonomie innerhalb Rumäniens anstrebe und dafür im Wortsinne auf das Verständnis der Mehrheitsbevölkerung angewiesen sei – eine »unübersetzte Idee«, wie es Rognean treffend formuliert,²⁰ und damit auch eine gescheiterte Idee. Hinzu komme, dass die Anhänger der Autonomie in mindestens drei, für die Selbstbestimmung und für sich und ihre Interessen kämpfende politische Fraktionen zerfallen. Deren Kampf greife in jedem Fall auf eine Geschichtserzählung zurück, die besser zum vorvergangenen als zum 21. Jahrhundert passen und daher, in ihrer Fixiertheit auf die Vergangenheit, auf die exklusiven nationalen Historiographien des 19. und 20. Jahrhunderts, die Gegenwart vergessen würde. Eine effiziente, vorbildliche und auch tragfähige Autonomie im Zuge der Regionalisierung, die sich überall in Europa zu Wort melde, wäre jene, die positive wie negative Elemente der Vergangenheit und der Gegenwart berücksichtigt und sich nicht einseitig auf die abgelehnte Autonomie von 1876 beziehe. Auf rumänischer Seite begehe man diesen Fehler in Bezug auf das Memorandum Siebenbürgens von 1848. Die Geschichte drohe durch ihre Sakralisierung zu einem Dogma zu werden, das einer praktikablen Umsetzung der administrativen Autonomie im Wege stehe. Dabei müsste die Geschichte nach 1918, die Entwicklung des komplizierten Verhältnisses zwischen Rumänen und Ungarn nach der Vereinigung Siebenbürgens mit Rumänien, stärker als bisher berücksichtigt werden.²¹

¹⁹ Tihamér Czika: „The Ten Biggest Mistakes of the Szeklers' Struggle for Autonomy“, auch bekannt unter dem Titel „Ten points about the mistakes of the Szeklers“. Zitiert von Rognean.

²⁰ Rognean.

²¹ Ebenda.

Wenn auch deutlich mehr Ungarn als die 40 Prozent, die sich 2003 für die Selbstbestimmung aussprachen, heute hinter dem Vorhaben stehen, sind es bei weitem nicht alle. Man verbindet mit der Autonomie eine deutliche Verbesserung der ökonomischen Verhältnisse, auch wenn abgesehen von der Förderung des Tourismus bisher kein klarer Plan existiert, und auch die Autonomie an sich noch keine Garantie für Prosperität darstellt. Im Gegensatz zu den anderen, bislang erfolgreichen autonomen Gebieten in Westeuropa ist das Szeklerland nach wie vor von Subventionszahlungen abhängig. Es kann sich wirtschaftlich nicht selbst erhalten, was nach Ansicht der politischen Vertreter der ungarischen Minderheit mit der bewussten Vernachlässigung ihrer Gebiete durch die Bukarester Regierung zusammenhängt. Es müssten Investoren angelockt, der Tourismus ausgebaut werden. Rognean vertritt die Ansicht, dass der ökonomische Faktor – der Ausbau der Infrastruktur, strategische Planung, langfristige Entwicklung und anderes – die Tür zur Autonomie sei, und der Weg der Kommunikation nicht jenes des Rückgriffs auf Vergangenes, sondern eine »Kommunikation über Fakten«. ²² Im Kosovo, der 2008 unabhängig wurde, hatte die internationale Gemeinschaft entschieden, von einer strikten Erfüllung der vorher festgelegten Standards vor einer möglichen Unabhängigkeit abzusehen. Der öffentliche Druck, die Erwartungshaltung waren so groß geworden, dass man bei weiterem Zuwarten bis zur Erfüllung der Kriterien – die mancher als unrealistisch für ein Land hielt, das ökonomisch und infrastrukturell, trotz der beträchtlichen Investitionen namentlich der EU und der Vereinigten Staaten, nach wie vor weit hinter den anderen europäischen Staaten zurücklag – mit Ausschreitungen und im schlimmsten Falle mit einem neuen Aufflammen des Konflikts rechnen mußte. Die Folgen zeigen sich heute, da der Kosovo wirtschaftlich weit abgeschlagen ist, die Regierung keine vernünftige Wirtschafts- und Entwicklungspolitik betreibt und viele Kosovaren ihr Heil in der Auswanderung suchen. Der wirtschaftliche Tiefstand des Szeklerlandes ist kein europäisches Thema, ein echtes Konfliktpotential existiert trotz der bisweilen markigen Töne manches Politikers – ob aus den Reihen der Szekler beziehungsweise der Bukarester oder Budapester Politiker – nicht.

Das Baskenland ist bis heute nicht endgültig zur Ruhe gekommen, und der Kosovo erlangte seine Unabhängigkeit durch einen Guerillakrieg: Zuerst über Anschläge auf jugoslawisch-serbische Sicherheitsorgane, später, in den Jahren des Kosovo-Konflikts 1998/1999, mit Hilfe der irregulären Kosovo-Befreiungsarmee, deren Taktik und Vorgehen die serbische Politik

²² Ebenda.

bis heute als »terroristischen Separatismus«²³ betrachtet und verurteilt. Im Unterschied zum szeklerischen Siedlungsgebiet innerhalb Siebenbürgens gehört die Republik Kosovo bis heute nicht zur EU, so sehr sie sich um einen Beitritt bemüht; und es gab in Rumänien keine in ihren Ausmaßen vergleichbare Diskriminierung der Minderheit, mit der die Unabhängigkeitserklärung des Kosovo als einziger gangbarer Weg gerechtfertigt wurde und wird. Belgrad argumentierte während der Statusverhandlungen vor 2008, es wäre durchaus bereit, dem Kosovo einen weitestgehenden Autonomiestatus zuzuerkennen. Eine Herauslösung aus dem Staatsverband wäre ein Verstoß gegen das Völkerrecht, gegen die UN-Resolution 1244, die den Kosovo zu einem integralen Bestandteil der Republik Jugoslawien erklärte, als deren Rechtsnachfolger sich Serbien betrachtet. Der Separatismus der Kosovo-Albaner, so die Argumentation Belgrads, wäre auch durch großmütigste Zugeständnisse der serbischen Regierungen der Nach-Milošević-Zeit nicht zu ändern gewesen, da die Absicht zur Herauslösung des Territoriums lange vor dem Ausbruch des Kosovo-Konflikts festgestanden hätte. Mancher serbische Historiker behauptet, der kosovo-albanische Separatismus bestünde seit den Tagen der *Befreiung* des Kosovo in den Balkankriegen vor dem Ersten Weltkrieg.

Wie dem auch sei, eine Schaffung neuer Nationalstaaten durch militanten Separatismus liegt nicht auf der Linie der EU-Politik – wenn man vom Kosovo absieht –, auch nicht auf dem der Mehrheit der aktuellen Minderheitenvertreter, anders als ein Ausbau der Autonomierechte, eine Dezentralisierung und Aufwertung der Regionen, um ein gedeihliches Miteinander zu ermöglichen und eine Abkehr von der rein nationalstaatlich orientierten Politik der Vergangenheit zu erreichen. Damit würde auch die Fixierung auf ethnische oder gar rassische Stereotypen vermieden, die mit der Renaissance nationalistischen Denkens einherginge.

Die Relativierung des nationalen Narrativs durch einen vernünftigen, konstruktiven Regionalismus setzt aber eine Wende im Denken der rumänischen Mehrheitsnation voraus. Sie müsste sich von der unitarischen Nationalstaatsidee verabschieden, die auch die Kommunisten gepflegt hatten und auf die sich auch der erste König Rumäniens, Karl I. von Hohenzollern, gestützt hatte. Er tat dies aus naheliegenden Gründen, denn er wollte sich und sein Land unter die modernen Nationalstaaten Europas einreihen. Doch das erste Staatsoberhaupt des modernen Rumäniens stammte aus einer fremden Dynastie – ein Gedanke, der im Präsidentschaftswahlkampf

²³ Vgl. Косово и Метохија у великоалбанским плановима 1878-2000. Институт за савремену историју. Београд 2001; Крстић, Бранислав: Косово пред судом историје. Београд 2000; Милосављевић, Петар: Српскопитањеи Србистика. БачкаПаланка/Ваљево 2007. Aktuell siehe Artikel auf <http://www.nspm.rs/> [Nova Srpska Politička Misao].

2014 wieder Streitthema werden sollte. Als sich abzeichnete, dass der Kandidat der rumänischen Sozialisten, der amtierende Premierminister Victor Ponta, gegenüber seinem Rivalen, dem Hermannstädter Bürgermeister Klaus Johannis, einem Siebenbürger Sachsen beziehungsweise – in der Wahrnehmung vieler Rumänen – einem *Deutschen*, zurücklag, erinnerte der rumänisch-orthodoxe Patriarch daran, dass es schließlich ein *Fremder*, ein *Deutscher* gewesen war, der Rumänien auf die Höhe der anderen europäischen Nationen gebracht hatte. An diesem Detail deutet sich ein Wandel hin zur notwendigen Erkenntnis an, dass Rumänien als einheitlicher Nationalstaat der Rumänen ein Konstrukt darstellt, das weder historisch noch aktuell Berechtigung beanspruchen kann. Namentlich in Siebenbürgen manifestiert sich die Schizophrenie, dass man die eigene Region zwar international als multinational und multiethnisch bewirbt, als Raum der vielen Kulturen, die sich hier in der Geschichte begegneten. Doch praktisch, im allgemeinen Bewusstsein, gelten Ungarn, Deutsche oder Angehörige der Roma-Minderheit nach wie vor als *die anderen*, während sich die Staatsnation im Rückgriff auf die theoretisch angenommenen antiken Vorfahren der Daker als autochthon betrachtet.

Der Weg zur Autonomie führt also nicht über eine Wiederherstellung einer überholten, mystifizierten Vergangenheit, sondern über eine ökonomisch und politisch durchdachte und von der Erkenntnis der historisch gewachsenen Vielfalt getragene Dezentralisierung und Regionalisierung, die dem europäischen Prinzip *in Vielfalt geeint* entspricht. Ob man dafür auf die alten Symbole der regionalen Identität, namentlich die Fahnen und Uniformen der Vergangenheit verzichten kann, darf bezweifelt werden, wie sich am Streit um die Szekler-Fahne gezeigt hat. Das Projekt der Autonomie, mag es auch so rational wie möglich umgesetzt werden, ist auch immer geprägt von der Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen, von den Versatzstücken der Vergangenheit in der Gegenwart. Sie dürfen nur das aktuell Notwendige und Vernünftige nicht überlagern, vom Wesentlichen ablenken und damit die Aussichten des Projekts verfehlen.

Der Haupteinwand gegen die Autonomie neben der »Sprengung des verfassungsrechtlichen Rahmens Rumäniens«, der »Aggression gegen die Prinzipien des Rechtsstaates«, wie der rumänische Oberste Magistraturrat erklärte,²⁴ ist die mangelnde ökonomische Fundierung sowie die Gefahr,

²⁴ *Hitzige Debatte um regionale Autonomie der Ungarn in Rumänien*. In: Tiroler Tageszeitung, 19. September 2014. <http://www.tt.com/home/8998559-91/hitzige-debatte-um-regionale-autonomie-der-ungarn-in-rum%C3%A4nien.csp> (10. April 2016). Siehe auch Boris Kálnoky: Aufruhr unter den Ungarn in Rumänien. Mit spektakulären Aktionen kämpfen Ungarn im rumänischen Siebenbürgen für territoriale Autonomie. Die Regierung will die betreffenden Bezirke im Zuge einer Regionalreform auflösen. In: Die Welt, 14. November 2013. <http://www.welt.de/politik/ausland/article121872593/Aufruhr-unter-den-Ungarn-in-Rumaenien.html> (10. April 2016).

dass das rumänische Beispiel im Szeklerland Begehrlichkeiten etwa in der Slowakei wecken könnte, wo ebenfalls eine kompakte ungarische Minderheit lebt. Die serbische Politik beobachtet seit den Problemen mit der albanischen Minderheit im Kosovo, zumal seit der Unabhängigkeitserklärung der ehemaligen serbischen Provinz, die Belgrad bis heute nicht anerkennt, die politischen Bestrebungen nicht nur der ungarischen Minderheit in der autonomen Provinz Vojvodina mit gemischten Gefühlen. Dass die Albaner im Kosovo ihre Unabhängigkeit erfolgreich erkämpft haben, animierte auch ihre Konationalen jenseits der Grenze, in den Bezirken Preševo, Medvedja und Bujanovac im Süden Serbiens, einem Gebiet, das mehrheitlich von Albanern bewohnt ist, für Autonomie und Unabhängigkeit nach dem Vorbild des Kosovo zu demonstrieren. In Mazedonien, dessen Bevölkerung zu mehr als einem Drittel aus Albanern besteht, verhärtete die Unabhängigkeitserklärung des Kosovo die ohnehin harten Fronten zwischen slawischen Mazedonen und Albanern. Dagegen ist die ruthenische beziehungsweise russinische Minderheit in der Region Bačka der Vojvodina zu klein und mit ihren Rechten im Allgemeinen soweit zufrieden, dass sie in der jüngsten Zeit nie politisch nennenswerte Ambitionen entwickelte – ganz im Unterschied zur ungarischen Minderheit in der Vojvodina, die sich durch das rumänische Beispiel, sollte es jemals Realität werden, durchaus angespornt fühlen könnte. Dahinter steht auch die Angst vor Assimilation und Ausdünnung durch Emigration, vor allem nach Ungarn, die jedoch die Szekler in Rumänien, zumindest bisher, nicht zu teilen scheinen. Sie teilen zwar die Sprache mit den Ungarn und die Erinnerung an ein gemeinsames Staatswesen, sind aber in ihrer Mehrheit nicht unbedingt bereit, ihr Schicksal auch räumlich mit dem der Ungarn zu verbinden und setzen ihre Hoffnung weiterhin auf das Ziel einer regionalen Autonomie.²⁵ Ab 1952 bestanden in Rumänien autonome Regionen der Szekler, die das Ceaușescu-Regime 1968 aufhob. Daran knüpften sich die Hoffnungen nach 1989, wobei man sich unter anderem auf das Modell der autonomen Region Katalonien in Spanien berief. Die Große Versammlung der ungarischen Szekler richtete im März 2006 eine offizielle Forderung nach Autonomie an den rumänischen Staat, die EU und die Vereinten Nationen. Außer Separatismusvorwürfen erfolgten darauf auch später keine Reaktionen. Budapest fühlt sich dadurch in seiner gewandelten Unterstützungspolitik bestätigt, dies auch durch die Linie der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen (FUEV, *Federal Union of European Nationalities*, FUEN), die ebenfalls die »kulturelle und territoriale Autonomie« als Grundrecht bezeichnet, al-

²⁵ Randy McDonald: The Szeklers and the Magyars: A doomed relationship? In: Demography Matters, 14. April 2006. <http://demographymatters.blogspot.de/2006/04/szeklers-and-magyars-doomed.html> (10. April 2016).

lerdings damit keine staatliche Abspaltung von Rumänien, sondern die administrative Einheit und weitgehende Selbstverwaltung der mehrheitlich von der ungarischen Minderheit bewohnten Regionen meint. Die FUEV bemängelt, dass entgegen der offiziellen Ansicht der rumänischen Regierung, die Minderheitenrechte seien in Rumänien gesichert, eine Reihe von zivilisatorischen Grundrechten wie Sprachanerkennung und Sprachgebrauch, mehrsprachige Schulunterstützung und anderes nicht im vollen Umfange gewährt seien.²⁶

Die ‚Tiroler Tageszeitung‘, die mit Autonomiefragen durchaus vertraut ist, erkannte einen aus der wechselvollen und belasteten tiroler-italienischen Geschichte bekannten aggressiven Tonfall, als im September 2014 im Zusammenhang mit den Autonomieforderungen des mitregierenden RMDSZ der sozialdemokratische Vizepremier Liviu Dragnea erklärte, das Projekt einer autonomen Region *Szeklerland* habe »keine Chance, jemals umgesetzt zu werden«.²⁷ Die Initiative »schürt den Hass«, meinte die liberaldemokratische Oppositionspolitikerin Andrea Paul.²⁸ Nach Vorstellung des RMDSZ sollten die mehrheitlich von Ungarn bewohnten Kreise Covasna, Harghita und Mureş zu einer autonomen Region mit eigener juristischer Persönlichkeit innerhalb des untrennbaren Einheitsstaates Rumänien zusammengefasst werden. Der Region sollte ein Vorsitzender mit dem Recht vorstehen, an allen regionalpolitisch relevanten Sitzungen der Zentralregierung teilnehmen zu dürfen. Das Projekt sah neben eigenen Symbolen und Abzeichen vor, dass auch an rumänischsprachigen Schulen in der Region ab der zweiten Klasse Ungarisch-Unterricht eingeführt werden sollte, um bereits im Kindesalter die Zweisprachigkeit zu fördern. Finanziert werden sollte die Region durch Einnahmen aus der Nationallotterie. Bukarest reagierte wie erwartet mit dem wiederholten Hinweis, die Verfassung definiere Rumänien als Einheitsstaat, dessen territoriale Integrität nicht in Frage gestellt werden dürfe. Der RMDSZ konterte, dass das Prinzip der lokalen Autonomie ebenfalls verfassungsrechtlich verankert sei, außerdem, so sein Vorsitzender Hunor Kelemen, handele es sich beim Autonomieprojekt »nicht um etwas Extravagantes [...], wofür es keinen europäischen Präzedenzfall«²⁹ gebe. Ein Leserbriefschreiber, selbst Szekler, rief einerseits zu Verständnis für die rumänische Position auf, andererseits appellierte er an die rumänische Seite. Die überwiegende Mehrheit der Ungarn in Siebenbürgen sei nicht an einem *Anschluss* an Ungarn interessiert. Nichts dergleichen würde passieren, wenn das Szeklerland eine Autonomie nach dem Vorbild Südtirols bekäme. Die Ungarn in Rumänien wür-

²⁶ Vgl. FUEV-Charta: <https://www.fuen.org/> (10. April 2016); *Schutzmacht der Wählerreserve*.

²⁷ *Hitzige Debatte um regionale Autonomie der Ungarn in Rumänien*.

²⁸ Ebenda.

²⁹ Ebenda.

den loyale Staatsbürger Rumäniens bleiben, auch wenn sie ihre Flagge hissen und etwas mehr Selbständigkeit auf dem Finanz- und Bildungssektor erhalten dürften. Außer ein paar Ewiggestrigen aus den Reihen der italienischen Neo-Faschisten störe es in Bozen niemanden, wenn auf einem öffentlichen Gebäude die Landesfahne Südtirols wehe. »Das sollte in Rumänien auch möglich sein. Vielleicht nicht heute, nicht morgen, aber für die nächste Generation.«³⁰

Um den scharfen Ton aus den Diskussionen zwischen ungarischer Minderheit und rumänischer Regierung zu nehmen, hatte der ungarische Pastor László Tőkés, Symbolfigur der Revolution von 1989, Vorsitzender des ungarischen Nationalrats in Siebenbürgen und EU-Parlamentarier, Ende Juli 2013 auf der Sommeruniversität in Băile Tușnad (*Tusnádfürdő*), einer Stadt im Kerngebiet der Szekler, den Budapester Ministerpräsidenten Orbán aufgefordert, mit der rumänischen Regierung einen Kooperationsmechanismus auszuhandeln, der zu einer Autonomie Siebenbürgens führen könne.³¹ Die Folge war, dass der rumänische Premierminister Victor Ponta – aus Animosität sowohl gegen die Ambitionen von Tőkés als auch gegen seinen Erzrivalen, den rumänischen Staatspräsident Traian Băsescu – Tőkés den 2009 zum zwanzigsten Jahrestag der politischen Wende von Băsescu verliehenen Orden „Stern Rumäniens“ aberkennen lassen wollte. Tőkés erfülle die rechtlichen und moralischen Bedingungen für diese Auszeichnung nicht mehr. Über die Oppositionspolitikerin Monica Macovei und Tőkés sagte Ponta, sie verträten »ausländische Interessen, die gegen Rumänien gerichtet sind«.³² Außerdem gebrauche Tőkés eine »horthyistische Ausdrucksweise«³³. Er sei Repräsentant von Kräften, die man langfristig unter Beobachtung halten müsse. Diese Wortwahl, der stete Vorwurf der Illoyalität an die Adresse einer Minderheit, die ihre Rechte einfordert, wäre etwa im Falle der deutschen Bundeskanzlerin oder jedes anderen europäischen Staatsoberhauptes wohl undenkbar. Die historische Nostalgie, das Leiden an Trianon sind das eine, die Inkompetenz und Korruption der rumänischen Verwaltung und das trotz aller Versicherungen der Toleranz und europäischen Aufgeschlossenheit immer noch spürbare Misstrauen das andere, das die Ungarn in Siebenbürgen zu Anhängern einer Autonomielösung macht.

³⁰ Online-Leserkommentar zu: *Zoff im Märchenland*.

³¹ Rudolf Hermann: Streit um Autonomierechte in Rumänien. In: Neue Zürcher Zeitung, 27. August 2013.

³² Vgl. Liviu Dadacus: Ponta: Tokes are limbaj horthyst. Împreună cu Macovei, reprezentă de 20 de ani interese antiromânești. In: Mediafax.ro, 25. Februar 2013. <http://www.mediafax.ro/politic/ponta-tokes-are-limbaj-horthyst-impreuna-cu-macovei-reprezentade-20-de-ani-interese-antiromanesti-10598827> (10. April 2016).

³³ Ebenda.

Die Verwaltungsreform, die auch das Ziel hat, Rumänien durch eine Einteilung in Großregionen besser von EU-Strukturfonds profitieren zu lassen, erwähnt eine Teilautonomie der ungarischsprachigen Gebiete nicht einmal im Ansatz. Die Debatte über das Thema Autonomie hat sich zwischen Bukarest, Budapest und den Ungarn in Rumänien in jüngster Zeit wieder verschärft, nachdem es sich dank der Regierungsbeteiligung ungarischer Minderheitspolitiker lange Zeit gedeihlich entwickelt hatte. Bemerkenswerterweise hat sich die rumänisch-ungarische Debatte im Schatten der Ukraine-Krise zum Besseren gewandelt. Ungarn erscheint nun manchem Rumänen im Vergleich zu Russland als das weit geringere Übel, auch und gerade unter historischer Perspektive. Eine deutliche Mehrheit von 56 Prozent der Rumänen schätzt die Beziehungen Rumäniens zu Ungarn als gut und 31 Prozent als schlecht ein. Dabei ist die Zahl derjenigen, die eine positive Entwicklung in den Beziehungen sehen, in Siebenbürgen und im Banat wesentlich höher als im Süden des Landes und in der Moldau.³⁴ Die vom Historiker und Siebenbürgen-Experten Sorin Mitu gestellte Frage, ob Rumänen und Ungarn ein »Albtraum-Paar« bilden würden, sei aber keineswegs entschieden, handle es sich weder um einen reinen Albtraum noch um eine Erfolgsgeschichte.³⁵ Dass dieses Beziehungssystem wenn nicht unbedingt zu einer Erfolgsgeschichte, so doch zu einem normalen Miteinander wird, dass sich die Debatte von innenpolitischem Taktieren emanzipiert und zu einer prinzipiellen Frage aufgewertet wird, liegt nicht nur im Interesse der ungarischen Minderheit, sondern sollte auch in jenem Bukarests wie Budapests. Die Sorge für die eigenen Minderheiten jenseits der Grenze ist Teil der ungarischen politischen Identität, geht aber weit darüber hinaus. Sie ist Teil einer wohlverstandenen europäischen Identität, die den Reichtum Europas nicht in seinen abgezirkelten, ethnisch definierten Nationalstaaten, sondern in seinen vielfältigen, historisch gewachsenen Kulturen erkennt.

1984 hatte der langjährige bayerische Ministerpräsident Alfons Goppel, der bei den ersten Europawahlen 1979 ins Europäische Parlament gewählt wurde, einen Bericht zu den Rechten der Volksgruppen und Minderheiten in der Europäischen Gemeinschaft vorgelegt. Er diente als Grundlage für einen Entschließungsantrag, den unter anderen die Europaparlamentarier Otto von Habsburg und der Südtiroler Joachim Dalsass unterzeichneten. Hartmut Koschyk, der Beauftragte der deutschen Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, sagte in einem Vortrag am 22. März 2015: Wenn »der Entschließungsantrag für jede nationale oder

³⁴ Adriana Dâncu – Vasile Dâncu – Mihai Mocanu – Mihaela Orban: Prieteni și dușmani. In: Sinteza. Revistă de cultură și gândire strategică 2014/3, 14.

³⁵ Sorin Mitu: Români și maghiarii: un cuplu de coșmar? In: Sinteza. Revistă de cultură și gândire strategică 2014/3, 37.

ethnische Gruppe den Anspruch formulierte, »sowohl in der Europäischen Gemeinschaft als auch in jedem EU-Mitgliedsstaat in ihren kulturellen, sozialen und politischen Rechten geschützt zu werden«, dann kommt ihm das traurige Verdienst zu, bis heute dem EU-Gemeinschaftsrecht voraus zu sein«. ³⁶ Der Antrag, der bis zum Ablauf der Wahlperiode nicht mehr beraten werden konnte, forderte auch eine europäische Volksgruppencharta, die der Europaabgeordnete Franz Ludwig von Stauffenberg 1988 vorlegte. ³⁷ Dieser Vorschlag wurde ebensowenig aufgegriffen wie die Initiative des Europaabgeordneten Siegbert Alber im Jahr 1993.

Bis heute fehlt in der Rechtsetzung der EU eine verbindliche Definition des Minderheiten- beziehungsweise Volksgruppenbegriffs. Daher initiierte die europäische Dachorganisation für die Volksgruppen und nationalen Minderheiten, die FUEV, im Jahre 2013 gemeinsam mit dem RMDSZ, der Südtiroler Volkspartei und der Jugend Europäischer Volksgruppen die Europäische Bürgerinitiative „Minority SafePack“. Sie fordert, die angestammten Rechte autochthoner Minderheiten auch im EU-Gemeinschaftsrecht verbindlich festzuschreiben. Die letzte EU-Kommission lehnte die Registrierung der Initiative wegen Nichtzuständigkeit ab, wogegen Klage beim Europäischen Gerichtshof eingereicht wurde. Dass die »notwendige Zahl von einer Million Unterschriften völlig problemlos erreicht worden wäre«, daran hatte Koschyk keinen Zweifel, »angesichts des Umstandes, dass jeder zehnte EU-Bürger einer nationalen Minderheit angehört«. ³⁸ Gerade zentralistisch verwaltete Nationalstaaten wie Frankreich oder Rumänien sähen dagegen die wachsenden Minderheiten als Bedrohung der Einheit, der Unteilbarkeit und Souveränität des Staates, und wehren sich gegen definierte, festgeschriebene Volksgruppenrechte. Sie könnten auch ande-

³⁶ Wegweisend seien die beiden Grundprinzipien, die der Entschließungsantrag formulierte: »1. Jede Volksgruppe hat das Recht auf uneingeschränkten Gebrauch der eigenen Sprache in allen privaten, gesellschaftlichen oder wirtschaftlichen Beziehungen und in der Öffentlichkeit, bei Behörden und vor Gericht. 2. Jegliche Diskriminierung von Volksgruppen und ihren Angehörigen sowie jede Vertreibung, Assimilierung oder Vernichtung von Volksgruppen sind verboten, ebenso künstliche Veränderungen der demographischen Zusammensetzung eines Gebietes, in dem die Volksgruppe ansässig ist.« *Impulsvortrag des Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Hartmut Koschyk, auf dem „Andechser Europatag“ zum Thema „Volksgruppen in Gefahr“*. Kloster Andechs, 22. März 2015. In: 43. Christlicher Europatag zum Thema „Volksgruppen und Regionen – Auslauf- oder Zukunftsmodell“. <http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Reden/AUSB/DE/kloster-andechs-christlicher-europatag.html> (10. April 2016).

³⁷ Nach diesem Charta-Entwurf gilt als Volksgruppe »a) die Gesamtheit all jener Staatsbürger eines Mitgliedsstaates der Europäischen Gemeinschaft, die b) im Staatsgebiet traditionell in der Folge vieler Generationen ansässig sind, c) gemeinsame ethnische, religiöse und/oder sprachliche Merkmale aufweisen, die sie von anderen Bevölkerungssteilen unterscheiden, d) gemeinsam über eine eigene kulturelle Identität verfügen und e) sich innerhalb der Grundbevölkerung des Staates in Minderheiten befinden«. Ebenda.

³⁸ Ebenda.

ren Staaten dazu dienen, die Staatlichkeit benachbarter Länder zu unterminieren – wie mit Verweis auf die ukrainisch-russische Krise oder die Einflussnahme Ungarns auf die ungarische Volksgruppe in Rumänien argumentiert wird. Es sei dagegen gehalten, dass ein klares und auch umgesetztes Volksgruppenrecht einer Eskalation wie in der Ostukraine oder einer parteipolitischen Instrumentalisierung vorbeuge.

Vielfach kritisiert wurde in der Slowakei, in Rumänien und der Westukraine die Vergabe der doppelten Staatsbürgerschaft an dort lebende Ungarn, was vor den ungarischen Parlamentswahlen geschah.³⁹ Wissenschaftler, so die Politologin Sabine Riedel, warnen vor einer Politisierung von Kulturen. Ihrer Ansicht nach wäre mit der Einigung Europas ein vordemokratisches Nationsmodell wiederbelebt worden, das Bürgerrechte nach kulturellen Zugehörigkeiten gewährt. Die Politisierung kultureller Differenz schwäche die Staaten in ihrem sozialen Zusammenhalt und bedrohe ihre Souveränitätsrechte. Europa werde als Friedensprojekt nur dann überleben, »wenn es Demokratie und Rechtsstaatlichkeit als Kulturleistungen bewahrt und sein Bekenntnis zur Nichteinmischung und territorialen Integrität von Staaten erneuert.«⁴⁰ Dagegen meinte der Europaparlamentarier Otto von Habsburg 1995 in Wien, es werde notwendig sein, »daß wir endlich [...] ein europäisches Volksgruppenrecht durchsetzen. Ich habe seinerzeit mit Joachim Dalsass, der Südtirol im Europaparlament ver-

³⁹ Das Gesetz zur ungarischen Staatsbürgerschaft wurde nicht nur auf den Oblast Transkarpatien, der einmal zu Ungarn gehört hatte, angewendet. Heute leben dort etwa 150.000 Magyaren, die etwa zwölf Prozent der Gesamtbevölkerung der Region stellen. Ungarn besitzt eine Diaspora-Gemeinde in der ganzen Welt, die etwa drei Millionen Menschen umfasst. Die Mehrzahl davon lebt in Rumänien (etwa 1,6 Millionen), in der Slowakei (mehr als 500.000) und in Serbien (etwa 290.000). Die ungarischen Politiker, die vor den ungarischen Parlamentswahlen in die Karpato-Ukraine fuhren, verhehlten ihre Hoffnung nicht, dass sie sich eine hohe Wahlbeteiligung von der Mehrheit der in der Westukraine lebenden Ungarn mit ungarischem Pass erwarten würden. Einige lokale ungarische Organisationen riefen ihre Mitglieder und Sympathisanten direkt dazu auf, an den Parlamentswahlen im Nachbarland teilzunehmen. Eine ihrer Führungspersönlichkeiten, Miklós Kovács, warb für die Fidesz-Partei des amtierenden ungarischen Ministerpräsidenten Orbán, dem die Magyaren in der Westukraine die ungarische Staatsbürgerschaft zu verdanken hatten. Nach den Listen stammt die Mehrheit derjenigen, die an den Wahlen teilnehmen wollten, aus Rumänien (mehr als 100.000), aus Serbien (etwa 30.000) und aus Deutschland (mehr als 2.000), wobei die Ukraine nicht auf der Liste aufgeführt ist. Die Mehrheit der Magyaren in der Westukraine folgte jedoch nicht einem »Ruf des Herzens«, wie das Online-Portal »Ukraine-Nachrichten« schrieb (zitiert von Wladimir Martin: Ungarisch-ukrainische Wahlen. In: Serkalo Nedeli, 4. April 2014. http://ukrainenachrichten.de/ungarisch-ukrainische-wahlen_3974_politik [10. April 2016]), sondern einem zutiefst utilitaristischen Grund. Sie beantragte die ungarische Staatsbürgerschaft weniger aus Interesse an den ungarischen Parlamentswahlen, sondern vielmehr mit Blick auf die Freizügigkeit und die offizielle Arbeitsplatzvermittlung in der EU.

⁴⁰ Vgl. Sabine Riedel. Die kulturelle Zukunft Europas. Demokratien in Zeiten globaler Umbrüche. Wiesbaden 2014, Buchrücken.

treten hat, den ersten Antrag für ein europäisches Volksgruppenrecht eingebracht. Wir haben zwar damals eine Schlacht verloren, weil wir viel zu viele Gegner hatten. Aber wir haben es wieder getan, und wieder, und diesmal wieder. Und jedesmal ist etwas weniger verloren worden.«⁴¹ Die Worte Habsburgs könnte man auch so übersetzen: Der Regionalismus, die Aufwertung der Volksgruppenrechte ist kein Anschlag, kein Rückfall, sondern ein Gewinn für jeden Staat, der sich ihrer besinnt, und nicht zuletzt für das gesamte Europa.

⁴¹ Rede von Otto von Habsburg 1995 in Wien: „Heimat in Europa. Die Rechte der Volksgruppen im Jahrhundert der Vertreibungen“. Zitiert in: *Impulsvortrag des Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Hartmut Koschyk, auf dem „Andechser Europatag“ zum Thema „Volksgruppen in Gefahr“*.

